



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1921

79 (17.2.1921) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-195877](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-195877)

Wannheimer Generalanzeiger

Verlag: J. B. Metzger & Co. Mannheim. Druck: J. B. Metzger & Co. Mannheim. Preis: 1 Pf. pro Nummer. Abonnement: 10 Pf. pro Quartal. Ausland: 15 Pf. pro Quartal. Postamt: Mannheim. No. 10. 1921.

Bestimmte Neuere Nachrichten

Verlag: J. B. Metzger & Co. Mannheim. Druck: J. B. Metzger & Co. Mannheim. Preis: 1 Pf. pro Nummer. Abonnement: 10 Pf. pro Quartal. Ausland: 15 Pf. pro Quartal. Postamt: Mannheim. No. 10. 1921.

Simons.

Ein Mann ist not, ein Ribelungentel, daß er die Zeit, den toll gewordenen Renner mit ebener Faust uns händige und ehernem Schenkel — so rief einst aus der Rot deutscher Zerissenheit und deutschen Einigungsdrangs, der den Weg nicht finden konnte, den Dichter nach dem Erlöser. Sollte die Rot unserer Tage wieder einen Ribelungentel fordern — Herr Simons würde wohl nicht der Erretter sein. Aber wahrscheinlich, man kann vielleicht sagen, gewiß bedarf das Deutschland von heute, das zusammengebrochene und mühsam genesende eines Führers anderer Eigenschaften, als das aufstrebende, das nach seiner Einheit und seiner großen europäischen Stellung ringende. Zähne Hände, aber zartere — dieses Deutschland ist ja kein in Kraft schäumendes Roh, das seines Bändigers harzt, damit es zum Ziel gelange. Dieses Deutschland ist seiner Macht und seiner Kraft beraubt und kann nur in stiller langsamer Arbeit sich wieder aufrichten.

Wahrscheinlich ist Dr. Simons gerade der Führer für diesen Wiederaufbau.

Gestern haben wir ihn in Karlsruhe gesehen und gesprochen, eine große Versammlung führender Persönlichkeiten aus dem Wirtschaftsleben, der Politik und der Presse, in der er um das Vertrauen Badens, des Grenzlandes, warb und die ihm dieses Vertrauen aus ehrlicher Ueberzeugung gewährte.

Vor uns sitzt oder steht ein schlanker Mann, nicht mehr Körperlichkeit, möchte man sagen, als unbedingt nötig ist, um als Wohnstätte des Geistes zu dienen, eine große, aristokratisch schlanke Hand, aus deren Linien die Sorgenarbeit vieler Tage und Nächte spricht, ein feiner Kopf, mit einem festen Mund, und über einer feinen Nase eine hohe bleiche Stirn, hinter der, man spürt es, unendlich viele Gedanken — schweigen. Und dunkle, scharfe Augen, durch die es nicht leicht ist, ins Innere dieser Persönlichkeit zu dringen, aber die unablässig scharf umschau halten, und beobachten und die Beobachtungen unablässig weitergeben zu rascher Gedankenarbeit hinter der hohen, bleichen Stirn.

Während der Mann, dem Deutschlands beste Wünsche und Hoffnungen nach London folgen, da sitzt, den seinen Kopf leicht aufgestützt oder während er spricht, umschließt ihn eine unbeschreibliche Ruhe und Sicherheit, so stark, daß sie von selbst und ganz unmerklich auf seine Hörer übergeht. Ganz unmerklich, denn dieser deutsche Außenminister ist ganz absichtslos, ganz unpathetisch, ganz Selbstverständlichkeit. Seine hohe geistige Wesenheit und seine ganz durchgeistigte Persönlichkeit hat Wirkungen, sehr nachhaltige, sehr nachdrückliche, doch keine lauten und starken, im Augenblick sich aufdrängenden.

Ich sehe ihn im Geiste in London gegenüber dem turbulents und stürmischen Lloyd George und neben der geschmeidigen und listigen Berechnung Briands und es ist mir, als wenn dieser fest in sich ruhende, gehaltene und gezielte Mann, der seine Gedanken, sein Wollen, seine Leidenschaften fast in der Hand hat, als Persönlichkeit nicht abschätzbar bestehen wird. Ich könnte mir vorstellen, wie er mit seiner sicheren Ruhe, seiner klugen Beherrschung, seiner Selbstbeherrschung als dem Ergebnis einer strengen, preußischen Willenserziehung, manche aggressiven Schlüsse und Trugschlüsse leicht zerhacken wird.

Also eine Persönlichkeit, die sich nicht mit ungezügelter Energie, wie ein lodrender Feuerbrand, durchsetzen wird, nicht eine Persönlichkeit, die fortziehen und bezwingen wird, aber ein Mensch von großer Fruchtbarkeit des Denkens, unbedingter Fähigkeit des Willens und sicherer Beherrschung auch der stürmischsten und kritischsten Lagen, weil er immer in sich gefammelt bleibt, seines Temperaments und seines Empfindens Herr.

Und doch kein kalter und seelenloser Mann. Noch unfähig sagte mir ein Reichstagsabgeordneter, der viel mit ihm im vertraulichen Verkehr gearbeitet hat: Glauben Sie mir, diese enorme Gelassenheit ist nicht Kälte, Simons ist ein Mann von starker Vaterlandsliebe, er lebt so heißt, er haßt so heiß, wie nur irgendein guter Deutscher.

Das die Persönlichkeit, wie sie gestern vor uns trat. Und der Staatsmann, der Politiker? Der hat uns wohl sein letztes Wort noch nicht gesagt, seine letzten Absichten noch nicht enthüllt. Wird es auch nicht, hinter dieser bleichen Stirn — ich sage es noch einmal — schweigen noch viele fruchtbare Gedanken, werden noch viele Pläne ruhig und raslos gewogen, erwogen, verworfen, umgewälzt, wie die Verhältnisse es erfordern und die häufig wechselnde diplomatische Situation. Unbetriebligkeit im Ziele, kluge Anpassung an die tatsächlichen Erfordernisse. Er hat etwas anderes im Auge, als die französischen und ein Teil der englischen Staatsmänner: eine neue Lösung des europäischen Problems, die weitab liegt von den plumpen Methoden der Diplomaten des Versailler Vertrages: es muß die ganze Welt beteiligt werden am europäischen Aufbau, aber es müssen Vorschläge kommen, die innerlich durchdacht sind. Dies Wort, das er gestern sprach, kennzeichnet ihn. Aber er weiß, es wird ein langer, unendlich langer Weg sein, ein Weg der mühevollen und zähesten Geduld, den wohl nur eine geistig so gezielte und fest disziplinierte Persönlichkeit mit einiger Aussicht auf Erfolg schreiben kann, wie dieser seine Absehter, dieser kluge und wägende, verhaltene Preuze. Im stellt sich das Problem schon heute so, daß auch London nur einer der vielen Durchgangspunkte zum Siege der Vernunft sein wird. Es ist möglich, sogar wahrscheinlich, sagte er gestern, daß die Londoner Konferenz in ihren ersten Versuchen noch kein Ergebnis der Verständigung haben wird. Aber er ist entschlossen, auch dann weitere Versuche zu machen, kann sie natürlich

nur machen, wenn ihm auch dann noch das Vertrauen gewährt bleibt, wenn die Londoner Konferenz uns mit herben Enttäuschungen überschütten sollte. Um die Fortdauer dieses Vertrauens über London hinaus warb Simons auf seiner süddeutschen Reise. Vielleicht mit Recht und berechtigtem Selbstvertrauen. Wir wissen es heute noch nicht. Der Weg, den er sich vorgenommen, ist unendlich lang, vielleicht auch nicht immer verständlich für die drängende Ungebuld eines nach Ruhe dürstenden Volkes, das, wenn er ihm zu lange dauern sollte, Verlangen nach mehr Kräfteinsetzung, nach mehr brutaler Energie äußern und den Faden abreißen könnte, den dieser wägende und ruhige Staatsmann in die Zukunft, in eine noch weitab liegende Zukunft in heißer Gedankenarbeit der Tage und Nächte spinn. Es wird sich dann fragen, nach London fragen, ob es nützlicher sein wird, ihn seine Pläne vollenden zu lassen oder Ausschau nach einem anderen Mann zu halten, der verheißt, schneller zum Ziele zu kommen. Aber es wird dann ebenso ernst und höchst gewissenhaft die Frage zu beantworten sein, ob überhaupt, wie die Dinge liegen, schneller zum Ziele zu kommen ist, will man es nicht zu einer neuen Katastrophe kommen lassen. Simons muß aus seiner ganzen Veranlassung heraus diese Politik ablehnen, er würde sie nicht machen und nicht machen können.

Das ist das große und tiefste Problem, das sich dem gesagten deutschen Volke hinter der Londoner Konferenz aufstülpt. In Karlsruhe ist dem Minister Simons gestern von vielen Seiten versichert worden, daß er auch über London hinaus das Vertrauens weitester erwerbsfähiger Kreise gewiß sein dürfe.

Der frühere belgische Kriegsminister zur Stuttgarter Rede.

Brüssel, 16. Februar.
Zur Stuttgarter Rede Dr. Simons schreibt der frühere belgische Kriegsminister Janson:
In dieser Rede gelangt die einheitliche Zurückweisung der Pariser Beschlüsse durch das deutsche Volk zu überzeugendem Ausdruck, doch die deutsche Regierung scheint nicht in vollem Maße die innere Politik Frankreichs einzuschätzen. Sie möge folgendes beherzigen:

Die Debatte, die foeden in der französischen Deputiertenkammer zum Abschluß gelangt ist, hat die schwierige Lage erwiesen, in der sich das Kabinett Briand befindet. Obgleich es Briand gelungen ist, eine starke Mehrheit für sich zu gewinnen und obgleich er die schwierige Aufgabe erhielt, auf der Londoner Konferenz Frankreich zu vertreten, so kann man nicht sagen, daß das französische Parlament dem Ministerpräsidenten ein bedingungsloses Vertrauen schenkte. Im Gegenteil, man muß bedenken, daß Briand unverzüglich seines Amtes entbunden wird, wenn er nicht das Minimum, das sind die Pariser Beschlüsse, auf der Londoner Konferenz unangefastet durchsetzt. Parlament und Volk in Frankreich werden nicht zugeben, daß an den Pariser Abmachungen, die an und für sich für Frankreich eine Benachteiligung in sich schließen, etwas verändert werde. Lloyd George weiß, daß die künftigen Beziehungen zwischen England und Frankreich abhängig sind von der Bewirkung des Pariser Entschädigungsplanes. Das deutsche Volk möge ferner nicht außer acht lassen, daß das unverföhnliche und auf seinem Rechte bestehende Frankreich in Poincaré einen außerordentlichen Verteidiger gefunden hat, der entschlossen ist, die Entschädigungsfrage so zu lösen, wie es den Interessen Frankreichs entspricht. Poincaré nimmt in diesem Augenblicke die Stellung eines Mannes ein, der um kein Jota zurückweicht und der, gestützt auf eine starke Gruppe, bereit ist, die Führung der französischen Politik zu übernehmen, wenn die nächste Londoner Konferenz nicht alles realisiert, was in Paris zu Papier gebracht worden ist.

Italienische Arbeiter gegen die Versklavung Deutschlands.

Rom, 16. Febr. (WB.) Die italienischen Christlichen Gewerkschaften (Confederazione Italiana dei Lavoratori) haben eine Entschuldigungsgehalt und veröffentlicht, die nach einem Hinweis auf den Appell der deutschen Arbeiterorganisationen an die Solidarität der Arbeiter aller Länder folgenden besagt: Die Confederazione hätte schon 1919 gegen den Vertrag von Versailles Stellung genommen und bekräftigt heute den Widerspruch gegen die verlangten Sanktionen und gegen den Zustand der Sklaverei, zu dem die deutsche Arbeiterklasse für 42 Jahre zum Profit des Frankentkapitalismus und Imperialismus verurteilt werden soll. Dies stellt die letzte und grauamste Verneinung der Grundsätze von Gerechtigkeit und Freiheit dar, für die die Regierungen der Entente angeblich kämpften. Die christlichen Arbeiter Italiens erheben ihre Stimme gegen die Uebergriffe siegreicher Plutokratien, die eine Revolution bestimmen erzeugen und den Frieden fernhalten, und protestieren im Namen der christlichen Ideen gegen die Erdrosselung des deutschen Volkes.

Deutschland und Frankreich.

Frankreichs Zucht vor einem deutsch-russischen Waffenbündnis.

Paris, 16. Febr. In dem Blatte „Information“ veröffentlicht der dem Kriegsminister Borithou nahestehende General Renaud einen Artikel mit der Überschrift: „Die deutsch-russische Drohung und die amerikanische Garantie“. Renaud schreibt: „Die Organisation des französischen Befehlshabers im Rheingebiete ist wohl gegenwärtig zitternd, weil wir uns gegenüber einem isolierten, verarmten und entvölkerten Deutschland befinden, also jeden Auslandsverkauf im Reime erlösen können, aber wenn sich Deutschland industriell weiterhin günstig entwickelt und die Unterstützung von hundert Millionen Russen erhält, so löse unsere Rheinarmee in große Gefahr. Unsere Truppen würden einer Offensive ausgesetzt, deren Verluste sehr bedeutend sein könnten. Die russische Frage ist für die verantwortlichen Leiter der französischen Verteidigung ein sehr ernstes Problem. Solange die Russen nicht für einen modernen Krieg ausgerüstet sind, bleibt die Möglichkeit, daß wir sie durch die Ketten von

Kleinstaat isolieren und zurückdrängen. Gelangen aber die Russen in den Besitz moderner Kampfmittel, so ist es um die kleinen Staaten geschehen und nichts mehr stellt sich der Vereinigung russischer Heereskräfte mit deutschen Truppen entgegen. Frankreich muß auf die technische Vollkommenheit seiner Heeresorganisation den entscheidenden Wert legen, es muß aber noch außerdem die Sicherheit erhalten, daß im Falle eines deutsch-russischen Vormarsches die Vereinigten Staaten mit drei bis vier Millionen Mann und mit gewaltigen technischen Mitteln als Verbündete auf dem westlichen Kriegsschauplatz erscheine. Der Rhein läßt sich von uns allein nicht verteidigen. Wir würden zuziel Menschen einbüßen. Wenn die Vereinigten Staaten der deutsch-russischen Drohung zuvorkommen wollen, so ist es nötig, schon heute mit Frankreich einen Garantievertrag abzuschließen.

Französische Propaganda in Deutschland.

Paris, 16. Febr. Nach einer Meldung des Senators Weiler, Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, ist in einer der letzten Kommissionsitzungen beschlossen worden, in Deutschland eine französische Propaganda zu betreiben, die sich direkt an das deutsche Volk wenden soll. Weiler teilt mit, daß ein Bericht verlesen wurde, in dem die deutsche Presse als ein Werkzeug finanzieller und industrieller Konzerne hingestellt wird, die ausschließlich ihre eigenen Interessen verteidigen und dem deutschen Volke irrige Vorstellungen über Frankreich vermitteln. Wenn die französische Propaganda in Deutschland eingeführt wird, so erhofft der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten eine gründliche Veränderung der öffentlichen Meinung zu Gunsten Frankreichs.

Tirards Kulturpropaganda im Rheinlande.

ST. Paris, 16. Febr. Nachdem erst kürzlich der Tempel von den Bemühungen des Oberkommissars der Interalliierten Rheinlandkommission um die Herausgabe einer Geschichte der Rheinlande während der französischen Besetzung von 1792 bis 1814 berichtet, erzählt der Tempel in seiner heutigen Nummer von neuen kulturpropagandistischen Plänen Tirards im Rheinlande. Tirard will im Laufe des Jahres eine große Ausstellung französischer moderner Kunst (Malerei, Bildhauerei, Kunstgewerbe, Musik, Tanz und Theater) im Rheinlande organisieren. Mit der Ausstellung soll eine besonders gut ausgestattete Bücher- und Kostümschau verbunden werden.

Die Frage der Besetzung des Ruhrgebiets.

ST. Paris, 16. Febr. In der „Democratie Nouvelle“ prophezeit Lybis, Frankreich würde noch vor Jahresfrist das Ruhrgebiet besetzen, und zwar ohne England. Der Gedanke, daß Frankreich selbständig handeln müsse, greife in Regierungskreisen sowie im Volke immer mehr um sich. Aus Poincaré habe sich, wenn auch in verschleierte Worten, ein „Ratin“ auf diesen Standpunkt gestellt.

Die Londoner Konferenz.

Vorbereitungen zur Londoner Konferenz.

ONB. Paris, 16. Febr. Nach jüngsten Blättermeldungen werden Lloyd George, Briand und die anderen Delegierten der Entente vor der Londoner Konferenz noch Vorbereitungen abhalten, die sich vor allem auf die deutschen Gegenvorschläge beziehen dürften. Die Pariser Presse versucht, die Möglichkeit einer Aenderung der Pariser Beschlüsse dadurch als ausgeschlossen hinzustellen, daß sie immer behauptet, in offiziellen Kreisen werde beharrlich erklärt, von einer Disfakturierung des Versailler Vertrages auf der Londoner Konferenz könne keine Rede sein.

Paris, 16. Febr. (WB.) Briand wird am Sonntag vormittag 9.30 Uhr Paris verlassen, um sich nach London zu begeben. Er wird begleitet sein von dem Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Bertelot, dem Unterdirektor für asiatische Angelegenheiten Kamerer, dem Kabinettschef Carteron und dem Dolmetscher beim Obersten Rat Camerlay.

e. Basel, 17. Febr. (Priv.-Tel.) Das „Echo de Paris“ meldet: Marschall Foch wurde durch Beschluß des Ministerrates für die Dauer der Londoner Konferenz nach London berufen als Mitglied der französischen Delegation.

e. Zürich, 17. Febr. (Priv.-Tel.) Nach einer Meldung der „Doin Mail“ wird das Hotel, in dem die deutschen Vertreter während der Londoner Konferenz untergebracht werden, unter besonderen polizeilichen Schutz gestellt. Die Aufenthaltskosten werden von der britischen Regierung bestritten.

Berlin und München.

Eine bayerische Antwort an die Frankfurter Zeitung.

München, 17. Febr. (Pr.-Tel.) Die offiziöse „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“ veröffentlicht einen längeren Artikel „München-Berlin“, der vor allem an die Frankfurter Zeitung gerichtet ist. „Die ihre ganze zehrende Politik auf die Ueberwindung der gegenwärtigen bayerischen Verhältnisse eingestellt hat“. Die Korrespondenz macht hierbei u. a. folgende allgemein interessierende Ausführungen:

Das, was von der Antwortnote Bayerns an die Reichsregierung bisher bekannt wurde, läßt keinen Zweifel darüber, daß die bayerische Regierung nicht daran denkt, der Reichsregierung Widerstände entgegenzusetzen. Herr Simons kann unbedenklich durch Bayern nach London gehen, um dort das zu tun, was er mit seinem Verstand und vor seinem Gewissen für das Beste hält. Eine Reichspolitik aber, die nicht auch die bayerischen Anschauungen und Gefühle beachtet, liegt Gefahr, schwere innerpolitische Gefahren herauszubewahren, vor denen laut und eindringlich zu warnen eine der Hauptziele der bayerischen Politik ist. Es ist klar, daß das Einmühenproblem durch den Gedankenaustausch zwischen München und Berlin noch nicht restlos gelöst ist. Die Schwierigkeiten werden sich zuerst zeigen, wenn die Reichsregierung tatsächlich an die Entlassung der Einwohnerwehren herantritt. Auch wenn die bayerische Regierung sich in völliger Uebereinstimmung mit der Reichsregierung in der Notwendigkeit der Entlassung der Einwohnerwehren befindet, kommt sie als Organ der Durchführung niemals in Betracht.

Die Entwaffnung ist Reichssache, sie wird durch ein Reichsgericht bestimmt und als oberstes Vollzugsorgan ist ein Reichsentwaffnungskommissar bestimmt. Dieser Reichsentwaffnungskommissar kann einer Landesregierung niemals als Vollzugsorgan unterstellt werden. Nach dem in Paris gefassten Termin wird die praktische Durchführung erst dann überhaupt spruchreif werden, wenn sich die Ergebnisse der Londoner Konferenz klar übersehen lassen.

München, 17. Febr. (Priv.-Tel.) Der sozialdemokratische Gewerkschaftsverein hat einstimmig eine Entschliebung angenommen, in der es u. a. heißt:

Der Gewerkschaftsverein München, als Vertreter von über 140 000 organisierten Arbeitern, fordert von der bayerischen Regierung, daß sie in der Entwaffnungsfrage ihren Widerstand gegen die Reichsregierung aufgibt. Er verurteilt aufs schärfste die separatistische Tendenz der Münchener Regierung und erklärt die Einheit des Reiches und der Republik, die durch die reaktionären und monarchischen Umtriebe gefährdet ist, mit allen Mitteln zu verteidigen. Die Vertreter der Münchener Arbeiter begrüßen auf das lebhafteste die Bewegung ihrer nordbayerischen Klassengenossen, sich auf keinen Fall vom Reich zu trennen. Ferner wird das Vorgehen der sozialdemokratischen Parteien im Landtag begrüßt und von diesen mit Bestimmtheit erwartet, daß sie an ihrem Standpunkt festhalten, die Rahr-Regierung zu zwingen, daß sie von ihrer verbrecherischen Politik im Interesse des Reiches absteht. Die Arbeiter Münchens sehen den kommenden Auseinandersetzungen mit Ruhe entgegen und sind bereit, alle Winkelzüge der Reaktionären mit allen Mitteln zu bekämpfen, wenn notwendig werden sie ihre stärksten Waffen anwenden.

Nochmals die Verhandlungen über die Einheitsfront.

Berlin, 16. Februar.

In einem Artikel, den der „Vorwärts“ nach seiner Berichterstattung von deutschnationaler Seite veröffentlicht, wird wiederholt Bezug genommen auf vertrauliche Mitteilungen über die Verhandlungen zwischen Dr. Kießer und Dr. Bader mit dem Abgeordneten Hergt über die Bildung einer Einheitsfront. Da im Anschluß daran Herr Hergt in einer Erklärung Stellung nimmt, veröffentlichen wir nachstehend aus den erwähnten vertraulichen Mitteilungen (herausgegeben von der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei) die Darstellung der Verhandlungen zwischen Dr. Kießer und Dr. Bader und dem deutschnationalen Fraktionsvorsitzenden Hergt. Diese Darstellung, die auf einer protokollarisch festgelegten Übergabe der Vorschläge beruht, lautet wie folgt:

Sofort nach der Besprechung mit Dr. Trimborn begab sich am Dienstag, den 1. Februar 1921, zwischen 11 und 12 1/2 Uhr Dr. Kießer zu Hergt (Dr. Bader wurde wegen wichtiger Abklärungen zunächst im Steuerauschuß festgehalten). Dr. Kießer erklärte, daß die Fraktion der Deutschen Volkspartei aus nationalen Gründen und im Interesse des schwer bedrohten Vaterlandes den Wunsch habe, — hauptsächlich wegen des Eindruckes nach außen — die Regierung durch Vertreter der Deutschnationalen und der S. P. D. verstärkt zu sehen. Dr. Kießer ließ keinen Zweifel darüber, daß die Deutsche Volkspartei es ablehne, mit der einen oder der anderen Partei allein in Verhandlung einzutreten.

Herr Hergt erwiderte darauf, daß seiner Ansicht nach ein Eintritt der Deutschnationalen in eine Regierung der nationalen Umwehre nicht in Betracht kommen könne. Keiner der 4 oder 5 Millionen Wähler der Deutschnationalen Partei würde das verstehen; er, Hergt, selbst würde demgegenüber werden, wenn er einen solchen Vorschlag betrachten würde. Der Wechsel sei im Gange und müsse ausgetragen werden, insbesondere mit aller Schärfe gegen die Sozialdemokratie.

Dieselben Gründe wiederholte Herr Hergt, als Dr. Bader erklärte, Dr. Bader wolle nun seinerseits daraufhin, daß die Verklärung des Rabinetts zur Abwehr der feindlichen Forderungen das wichtigere sei. Die Bildung eines solchen Kabinetts verbinde durchaus nicht die Fortführung des Wahlkampfes mit der erforderlichen sachlichen Schärfe. Nichtsdestoweniger hielt Herr Hergt auch gegenüber dem Ausführenden des Abgeordneten Dr. Bader an seinem entschlossenen ablehnenden Standpunkt fest. Dieser Ablehnung wurde er trotzlich dadurch eine sachliche Unterlage zu geben, daß er erklärte, auch die Bildung eines Kabinetts bedinge eine vorherige Verständigung über programmatische Punkte.

Dr. Bader und Dr. Kießer mußten sich überzeugen, daß der Führer der Deutschnationalen den Gedanken der Vorbereitung der Koalition grundsätzlich und mit aller Entschiedenheit ablehnte. Da sie aber im parteiinternen Austrage erschienen waren und die Schwere des ablehnenden Bescheides durch Herrn Hergt sie ganz außerordentlich bedrückte, nahmen sie Veranlassung, ehe sie sich verabschiedeten, Herrn Hergt die Tragweite des gegenwärtigen Augenblickes noch einmal dadurch klarzumachen, daß sie den parteiinternen Charakter der Unterhaltung hervorhoben. Dr. Kießer erklärte: „Ich bemerke, daß wir unsere Mitteilungen im Austrage unserer Fraktion gemacht haben“. Herr Hergt nahm diese Feststellung entgegen, ohne sich veranlaßt zu sehen, seinen grundsätzlich ablehnenden Bescheid irgendwas einzufügen. Er sagte auch nicht, daß seine Ausführungen privater Natur gewesen seien und daß er, um parteiintliche Erklärungen abzugeben, vorher mit seiner Fraktion Rücksprache nehmen müsse. Er ließ vielmehr die offiziellen Vertreter der Deutschen Volkspartei, Dr. Bader und Dr. Kießer, sich in der nächsten Zeit mit dem Reichstag beschäftigen, daß die Deutschnationalen Volkspartei für einen Eintritt in die Regierung der nationalen Verteidigung nicht zu haben sei.

In einer Unterredung, die an demselben Tage nachmittags zwischen Dr. Kießer und Hergt stattfand, erklärte Kießer, er werde, um obermaligen Mißverständnissen vorzubeugen, schriftlich notieren, was Hergt sage. In den vertraulichen Mitteilungen heißt es darüber:

„Er tat dies in Gegenwart Hergts und wiederholte jeden Satz noch Niederschrift. Diese Sätze lauten:

- (Ergänzt Hergt persönlich.)
 - 1. Die Bildung einer Einheitsfront soll sich auf eine gemeinsame Erklärung zur Regierungsbildung beschränken. Darüber hinaus sei folgendes diskutabel:
 - 2. ein Vertrauensvotum für ein Regierungsprogramm für die nächste Zeit unter Selbstverpflichtung des Reichstages;
 - 3. Ernennung von Ministern mit diktatorischer Gewalt aus allen in Betracht kommenden Parteien einschließlich der Mehrheitssozialdemokraten unter Selbstverpflichtung des Reichstages. Dabei warf Ergelenz Hergt ein, die ganze Frage der inneren Koalition habe damit nichts zu tun.
- Wie es scheint, hat auch die Vorfrist, die Dr. Kießer in der zweiten Unterredung anwandte, Mißverständnisse auf Seiten des Herrn Hergt nicht verhindern können. Denn in der oben erwähnten Erklärung bestreitet Herr Hergt, — im Gegensatz zu der oben wiedergegebenen protokollarisch festgelegten Darstellung — daß in seiner Gegenwart seine Aussage niedergeschrieben und ihm vorgelesen worden sei.

Deutschland und Polen.

Berlin, 16. Febr. (WB.) Nach einer Warschauer Meldung soll die polnische Regierung an die französische Regierung mit dem Ersuchen herangetreten sein, von der Liquidation des in Frankreich befindlichen Eigentums der aus Oberschlesien stammenden deutschen Angehörigen bis zum Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses Abstand zu nehmen. In der polnischen Meldung wurde behauptet, daß die französische Regierung sich bereit erklärt habe, dieser Anregung Folge zu leisten. — Dazu bemerkt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“: Es handelt sich hier um eine der zahlreichen Nach-

richten, die von den Polen verbreitet werden, um leichtgläubige Oberschlesier zur Stimmgabe für die Polen zu verleiten. In unterrichteten Kreisen ist von einer Hinausschiebung der Liquidierung des obererschlesischen Eigentums durch die französische Regierung nichts bekannt. Aber auch wenn diese Nachricht sich nicht bestätigen würde, so wäre das ohne Belang, da es nur wenige Oberschlesier in Frankreich gibt, bei denen eine Liquidierung des Vermögens überhaupt in Frage kommen könnte, weil in diesem Falle die Verpflichtung übernimmt, die von der Liquidation Betroffenen voll zu entschädigen.

Berlin, 16. Februar. (W. B.) Durch die Presse gehen Mitteilungen über die im polnischen Korridor erfolgte Beschlagnahme von französischen Beutestücken, die aus Ostpreußen an die Deutsche Luftfahrzeug-Übergabekommission in Bischofsheim (Hessen) gelangt waren, im Gemäß der Anforderungsliste Nr. 42 der interalliierten Kommission an die französische Regierung zurückgegeben zu werden. Der Vorkall wurde den amtlichen Stellen in Berlin erst durch die Mitteilung eines Königsberger Blattes bekannt. Ermittlungen sind im Gange.

Königsberg, 16. Februar. (W. B.) Der Militärbefehlshaber für den Bezirk des Wehrkreiskommandos I teilt zu der Beschlagnahme von Kriegsmaterialtransporten im Korridor mit, daß angeordnet worden sei, derartige Transporte nicht mehr auf dem Landwege ins Innere des Reiches zu entsenden.

Die Lage im Osten.

Kämpfe in Petersburg?

c. Basel, 17. Febr. (Priv.-Tel.) „Daily Mail“ meldet aus Helsingfors, daß seit einigen Tagen jeder direkte Verkehr mit Petersburg abgebrochen ist. Einige Personen, die von dort kamen, berichten, daß schwere Kämpfe zwischen kommunistischen Truppen und Reuterern stattgefunden haben. Die „Morningpost“ berichtet, daß das Stadtkommando von Petersburg von Reuterern besetzt ist. Auch „Daily Herald“ bestätigt, daß 3 bolschewistische Divisionen Petersburg umzingelt haben und daß die Stadt wiederholt von Geschützen beschossen worden ist.

Kopenhagen, 16. Febr. (WB.) Nach einem Telegramm aus Helsingfors hat der finnische Reichstag die Regierungsvorlage betr. Aufnahme einer Staatsanleihe von 250 Millionen finnischer Mark in dritter Lesung mit 95 gegen 83 Stimmen angenommen. Die Regierungsvorlage betr. eine besondere Besteuerung der Restaurants und Cafés, deren Ertrag auf 10 Millionen finnischer Mark berechnet wurde, ist in zweiter Lesung abgelehnt worden.

Vereinigung süddeutscher Handelskammern.

Unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung fand am 11. des Monats in Stuttgart (Sitzungslokal der Handelskammer) eine Sitzung der Vereinigung süddeutscher Handelskammern — der bekanntlich sämtliche Handelskammern von Württemberg, Baden und Hessen, sowie die Handelskammern des Rheingaus, der Pfalz usw. angehören — statt, die insofern besondere Aufmerksamkeit verdient, als sie sich in erster Linie mit dem Vordergrund des Interesses stehenden bedeutsamen Wirtschaftsstellen befaßte, nämlich der Neuregelung des deutschen Eisenbahnwesens und der Frage der Bezirkswirtschaftsräte.

Einstimmig würdigte Herr Richard Ensel (Handelskammer Mannheim) als Vorsitzender der Vereinigung in warmen Worten die bisherigen Verdienste des bisherigen Vorsitzenden der Vereinigung, Geheimen Kommerzienrat Engelhardt. Unter Hinweis auf die derzeitige außerordentlich ernste Lage des Reiches gab er sodann unter Zustimmung der Versammlung in kraftvollen Worten der sehr überzeugenden Ausdruck, daß sich der Reichsaussenminister Dr. Simons von der im Reichstag genehmigten und der Auffassung des deutschen Volkes entsprechenden Erklärung zu den unerfüllbaren Pariser Forderungen nicht abdrücken und sonach seine Verpflichtung übernehmen werde, die das deutsche Wirtschaftsleben und das deutsche Volk niemals erfüllen könnten. Das deutsche Volk sei bereit, nach dem Maße seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit die Friedensbedingungen zu erfüllen; niemals wüßte der ehrliche deutsche Kaufmann, daß Schußschleie gegeben werden, die über dieses Maß hinausgehen und bei Nichterfüllung den guten deutschen Namen gefährden müßten. In der Frage der Neuregelung der deutschen Eisenbahnen hobte die Vereinigung süddeutscher Handelskammern auf Grund eines eingehenden Referats von Referentengrat Andreß (Mannheim) und näherer grundsätzlicher Darstellungen über die Stellungnahme des Württ. Handelskammertags durch dessen Geschäftsführer Dr. Klien auf dessen Antrag einstimmig folgenden Beschluß:

Die Vereinigung süddeutscher Handelskammern besteht in der Sanierung des deutschen Eisenbahnwesens eine der wichtigsten und unentbehrlichen Voraussetzungen zum Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens. Die derzeitigen ersten finanziellen Schwierigkeiten der Reichseisenbahnen — die sich aus der ungeheuren Überlastung und Umwirtschaftung der Eisenbahnen während des Krieges, aus der finanziellen Überlastung der Reichseisenbahnen bei der vertraglichen Überführung des bundesstaatlichen Eisenbahnbesitzes auf das Reich, aus der Schädigung der Eisenbahnen durch die Wirkungen des Friedensvertrages, aber auch aus den gesamtwirtschaftlichen Verhältnissen unserer Zeit, wie sie sich aus Rezessionen- und Ubergangswirtschaft ergeben haben und in einer ungeheuren Preissteigerung der Materialkosten wie auch der Personalkosten zum Ausdruck kommen — können dauernd niemals durch ständige Tarifierhöhung, sondern nur durch gründliche Reorganisation beseitigt werden. Solange diese Reorganisation noch nicht vollzogen ist und Tarifierhöhungen nicht entbehrt werden könnten, müsse sie als beschränkte Notmaßnahmen eintreten und zur Vermeidung schwerer Schädigung des Wirtschaftslebens auf das geringstmögliche Maß beschränkt bleiben. Aber auch diese Reorganisation sollte erst dann in Kraft gesetzt werden, wenn sich die Wirkung der letzten Tarifierhöhung vom Dezember 1920 eingetragenen mit Sicherheit überlegen läßt, wenn der im Gange befindliche Preisabbau — der nicht durch einschneidende Tarifierhöhungen unterbrochen werden sollte — überblickt werden kann und wenn das Ergebnis der Verhandlungen über die unerfüllbaren Pariser Forderungen, von dem der wirtschaftliche Wiederaufbau abhängig ist, feststeht. Bei der Reorganisation der deutschen Eisenbahnen ist an dem System der Reichseisenbahnen selbst grundsätzlich festzuhalten. Aufs nachdrücklichste wendet sich die Vereinigung süddeutscher Handelskammern gegen Vorschläge, die eine unmittelbare oder indirekte Zerlegung des deutschen Eisenbahnbesitzes oder die Überführung der Reichseisenbahnen in gemischtwirtschaftlichen oder gar privatwirtschaftlichen Gebieten anstreben. Im Interesse einer einheitlichen deutschen Wirtschaftspolitik ist neben der starken, gleichzeitigen Zusammenfassung des deutschen Eisenbahnbesitzes die Ermöglichung einer gesunden Dezentralisation in dem Sinne anzustreben, daß angemessene große Eisenbahnverwaltungsbezirke (im Rahmen erweiterter Kompetenzen) und einheitlicher Richtlinien seitens des Reichsverkehrsministeriums) eine größere Selbständigkeit und Beweglichkeit zur Anpassung an die für die einzelnen Wirtschaftsgebiete bestehenden besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse zu gewährleisten. Zur sorgfältigen Vorbereitung der von der Vereinigung süddeutscher Handelskammern geforderten grundlegenden Reorganisation der Verwaltung der Finanzen des deutschen Eisenbahnwesens sind die fähigsten Eisenbahnmänner zu berufen und die Mitwirkung maßgebender Vertreter der Industrie, Handel und Bankwelt (zur Wahrung verstärkter Beobachtung kaufmännischer Grundsätze) sicherzustellen.

In der Frage der Bezirkswirtschaftsräte fand eine allgemeine lebhaft ausgeführte Aussprache über Aufgabentrends wie räumliche Abgrenzung der kommenden Bezirkswirtschaftsräte als dem Unter-

bau für den Reichswirtschaftsrat auf Grund eines einheitlichen Bezirke des Herrn Richard Ensel und eingehender Darlegungen der Stellungnahme des Württembergischen Handelskammertages durch dessen Geschäftsführer Dr. Klien statt. Die Verhandlungen dienten zunächst den Zwecken der Information und der Annäherung der verschiedenartigen in Betracht kommenden Gesichtspunkte. Aus der Aussprache ergaben sich eine Reihe wichtiger einheitlicher Gesichtspunkte, deren Vertretung und Weiterbehandlung sich die anwesenden Handelskammervertreter zur Aufgabe machen werden. Uebereinstimmung herrschte darüber, daß zwischen den viel erörterten „Wirtschaftsprovinzen“ und den „Bezirkswirtschaftsräten“ streng zu unterscheiden sei. Die Bildung von Wirtschaftsprovinzen im Sinne sich abschließender, eine einheitliche Wirtschaftspolitik des Reiches verbindender Neubildungen lehnte die Vereinigung ab. Die Bezirkswirtschaftsräte sollten schon zur Vermeidung einer Überorganisation und von kostspieligen organisatorischen Experimenten, die gerade jetzt schwerwiegende Schädigungen des Wirtschaftslebens und positiver wirtschaftlicher Arbeit zur Folge haben könnten, zunächst die Form von paritätischen Ausschüssen der gesetzlichen Interessenvertretungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer erhalten. Ihre Aufgabe erblicke man in der Wahrung der spezifisch regionalen Interessen der jeweiligen Wirtschaftsgebiete, für die ein Bezirkswirtschaftsrat gebildet werde. Aus den gleichen Gründen sei zur Vermeidung zerstückelter Arbeit wie andererseits zur kraftvollen Zusammenfassung einheitlicher Wirtschaftsgebiete der Geltungsbereich der einzelnen Bezirkswirtschaftsräte nicht zu eng zu fassen. Die Vereinigung sprach sich in Konsequenz dieser Auffassung dahin aus, daß zur Bildung eines süddeutschen Bezirkswirtschaftsrates zunächst das gleiche Wirtschaftsgebiet gewählt werde, das heute die Vereinigung süddeutscher Handelskammern umfasse, nämlich Württemberg, Baden, Hessen, Pfalz (Saarbrücken), Rheingau-Moselgebiet usw. Eine endgültige Stellungnahme hierüber wird nach weiterer Verständigung mit den in Betracht kommenden Kreisen vorbehalten. Als wichtige, nicht unerlässliche Ergänzung des Bezirkswirtschaftsratsgedankens erachtet die Vereinigung, daß — wie dies schon seit Bestehen dieser Handelskammervereinigung mit Erfolg angestrebt und durchgeführt worden sei — in erhöhtem Maße nicht nur zwischen den gesetzlichen Interessenvertretungen von Industrie und Handel und sonstigen freien Wirtschaftsvertretungen, sondern auch zwischen den für das jeweilige Wirtschaftsgebiet des Bezirkswirtschaftsrates zuständigen Regierungen und deren Verwaltungsbehörden eine enge Arbeitsgemeinschaft eintrete. Weiterhin sprach sich die Vereinigung für einen Ausbau des Schiedsgerichtswesens aus. Die hierfür auf Grund eines eingehenden Referats von Dr. Vinde mann (Kottbus) aufgestellten positiven Vorschläge werden von der Vereinigung süddeutscher Handelskammern unverzüglich den zuständigen Stellen unterbreitet werden.

In der Tagung der Vereinigung als solcher schloß sich am 12. Februar 1921 eine Sitzung des Süddeutschen Handelskammertages ab. Die Vertreter der Hoteliersvereine, Reichsverband deutscher Post- und Telegraphenbeamten, Verband deutscher Post- und Telegraphenbeamten, Verband der deutschen Reichspost- und Telegraphenbeamten, Bund geprüfter Sekretäre und Obersekretäre der Reichspost- und Telegraphenverwaltung, Gewerkschaft deutscher Post- und Telegraphenbeamten und Bund deutscher Post- und Telegraphen-Assistenten und Annahmisten, sind nach eingehender Durchberatung von Richtlinien als Grundlage für den künftigen Satzungsentwurf übereingekommen, unter Vorbehalt der Zustimmung der satzungsmäßigen Organe die Gründung einer Reichsgewerkschaft der Post- und Telegraphenbeamten mit Befehlsmäßigkeit zu vollziehen. Ein sofort gebildeter engerer Ausschuß, in dem diese Verbände vertreten sind, erhielt den Auftrag, alle notwendigen Vorarbeiten für den geplanten Zusammenschluß soziseh in Angriff zu nehmen. An den Arbeiten dieses Ausschusses beteiligte sich auch die Vereinigung der höheren Reichspost- und Telegraphenverwaltung.

Deutsches Reich.

Reichsgewerkschaft der Post- und Telegraphenbeamten.

Berlin, 16. Febr. (WB.) Die Vertreter und Vorstände folgender Postfachvereine: Reichsverband deutscher Post- und Telegraphenbeamten, Verband deutscher Post- und Telegraphenbeamten, Verband der deutschen Reichspost- und Telegraphenbeamten, Bund geprüfter Sekretäre und Obersekretäre der Reichspost- und Telegraphenverwaltung, Gewerkschaft deutscher Post- und Telegraphenbeamten und Bund deutscher Post- und Telegraphen-Assistenten und Annahmisten, sind nach eingehender Durchberatung von Richtlinien als Grundlage für den künftigen Satzungsentwurf übereingekommen, unter Vorbehalt der Zustimmung der satzungsmäßigen Organe die Gründung einer Reichsgewerkschaft der Post- und Telegraphenbeamten mit Befehlsmäßigkeit zu vollziehen. Ein sofort gebildeter engerer Ausschuß, in dem diese Verbände vertreten sind, erhielt den Auftrag, alle notwendigen Vorarbeiten für den geplanten Zusammenschluß soziseh in Angriff zu nehmen. An den Arbeiten dieses Ausschusses beteiligte sich auch die Vereinigung der höheren Reichspost- und Telegraphenverwaltung.

Keine Aufhebung der Weinsteuern.

Berlin, 17. Febr. (Von unserem Berliner Büro.) Aus dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird den B. P. R. geschrieben: In den Kreisen des Weinbauers werden Gerüchte verbreitet, wonach eine Aufhebung der Weinsteuern in nächster Zeit zu erwarten sei. Demgegenüber wird im Einverständnis mit dem Reichsfinanzminister darauf hingewiesen, daß die Umstände, die zur Weinsteuergesetzgebung geführt haben, noch vor sich bestehen, insbesondere gestattet die schwierige Finanzlage des Reiches es zurzeit und auch in absehbarer Zeit nicht, auf die erschlossenen Einnahmequellen zu verzichten. Demgemäß kann auch die Aufhebung der Weinsteuern in absehbarer Zeit nicht in Frage kommen.

Die Einkommensteuer von 1920.

Berlin, 17. Februar. (Von unserem Berliner Büro.) Zu der sogenannten Herabsetzung der Einkommensteuer für 1920, von der in diesen Tagen in den Wätern die Rede war, steht es folgendermaßen: Der Gesetzentwurf, der augenblicklich noch im Steuerauschuß des Reichstages beraten wird, enthält die Bestimmung, daß bei der erstmaligen Veranlagung zum Steuerjahr 1920 das Einkommen mit nur 75 Prozent versteuert werden soll. Da die Steuerhöhe des Reiches erst am 1. April 1920 eingeleitet hat und bis zu diesem Tage die Steuerhöhe der Länder bestand, welche ihr Steuerjahr jeweils vom 1. April bis 1. März des folgenden Jahres rechneten, so müssen zur Vermeidung einer Doppelbesteuerung die ersten drei Monate ausgelegt werden. Zu diesem Zweck hat man beschlossen, die Gesamtsumme um den entsprechenden Teil zu vergrößern, und die Gesamtsumme um ein Viertel herabzusetzen. Ob diese Bestimmung bestehen bleibt, hängt nun vom Reichstag ab.

Der Reichslandbund.

Berlin, 17. Febr. (Von unserem Berliner Büro.) Der Reichslandbund, der die frühere Generalversammlung des Bundes der Landwirte zu ersetzen bestimmt ist, wird am Donnerstags, 3. März, im Circus Busch tagen. Der offizielle Teil des Programms enthält nach der Eröffnungsrede des Vorsitzenden Dr. Roselle, einen Vortrag des deutschsozialistischen Abgeordneten des Reichstages Hepp über „Die Einmischung des Reichslandbundes“, einen anderen von Dr. Roselle über wirtschaftspolitische Fragen. Daneben sind, wie immer, noch eine Anzahl anderer Vorträge vorgesehen. Für Baden wird Gebhart-Eplingen, der Vorsitzende des Badischen Landbundes, sprechen.

Leipzig, 16. Febr. (WB.)

Bei allen Savarbetten für die bevorstehende Frühjahrsmesse traten heute die Zimmerleute in den Ausstand. Trotz der bestehenden Tarifverträge und obwohl das Verhalm für die Arbeitermesse den Arbeitern bereits aufgrund früherer Vereinbarungen eine Sonderzulage von 80 Pfennig die Stunde über die tariflichen Stundenlöhne von 3,70 Mk. gezahlt. Durch den Ausstand soll eine Sonderzulage von 2 Mark für die Stunde erzielt werden.

Sitzung des Bürgerausschusses

am Mittwoch, den 16. Februar 1921.

Oberbürgermeister Dr. Kuger eröffnet um 4.20 Uhr in Anwesenheit von 10 Mitgliedern die Sitzung.

Erwerbung von Grundstücken.

Die Stadtgemeinde hat in fünf Fällen das ihr vom Staat im Sperrgesetz übertragene Vorkaufrecht ausgeübt und in fünf Fällen diese Grundstücke, welche zu den Gemarkungen Kufenthal und Feudenheim gehören, zu 1.00-3.40 M für den qm oder insgesamt 28.750 M zu erwerben. Die Erwerbungen erfolgen zur Erweiterung des städtischen Grundbesitzes und zur Beschaffung geeigneten Bau- und Lausgeländes.

Die Gartenbauvereinsgesellschaft für Beamte und Angestellte beabsichtigt am Oberbaderplatz in Feudenheim eine Anzahl Kleinwohnungsbauten zu erstellen. Die Stadtgemeinde besitzt an diesem Platz mehrere Grundstücke, die der Genossenschaft zu genanntem Zweck an die Hand gegeben wurden. Um eine einheitliche Bebauung zu erzielen, erachtet es notwendig, vier Grundstücke zu insgesamt 14.802 M zu erwerben. Da eine gütliche Einigung mit den Grundstückseigentümern nicht zu erzielen war, wurde vom Stadtrat Antrag auf Durchführung des abgefügten Enteignungsverfahrens gestellt und durch den Landeskommissar als Bezirkswohnungskommissionäre Entscheidung dahin erlassen, daß die vier Grundstücke zur Behebung der dringenden Wohnungsnot enteignet werden. Gleichzeitig wurde als Entschädigung für den qm des abzutretenden Geländes der Betrag von 6 M festgesetzt. Im ganzen werden zur Befreiung der Erwerbspreise und der schätzungsweise ermittelten Kosten 47.000 Mark aus Grundstockmitteln angefordert.

Nach einigen empfehlenden Worten des Stv. B. Seizinger (L. S. P.) wird die sachliche Vorlage einstimmig angenommen.

Erwerbung des Hauses Mönchswörthstraße 14 in Redarau.

Der Stadtrat hat beschlossen, das Anwesen Mönchswörthstraße 14 im Stadtteil Redarau, in dem das Mütter- und Säuglingsheim betrieben wird, um 90.000 M zu erwerben. Zur Zahlung des Kaufgeldes, der Kaufkosten und für bauliche Instandsetzungen ist aus Anlehensmitteln ein Kredit von 108.000 M zu bewilligen.

Stv. B. Seizinger (L. S. P.) empfiehlt kurz die Annahme der Vorlage.

Stv. W. Eber (L. S. P.) wünscht, daß die vorhandenen baulichen Mängel schneller beseitigt werden. Weiter beanstandet der Redner den Außenhaltungsraum der Mütter.

Stadtr. S. H. (Rechtssoz.) sagt Abstellung der Mängel zu. Stadtr. Böggie gibt zu, daß in dem Außenhaltungsraum der Mütter Mängel ausgeglichen sind, daß die Mütter aber dagegen bisher keinen Einspruch erhoben haben. Redner gibt eine Uebersicht über die Frequenz der Anstalt. Die Mortalität mit 5,5 Proz. ist gegenüber der allgemeinen Mortalität in Mannheim mit 12 Proz. sehr günstig. Im Interesse der Säuglingspflege bitte er um Annahme der Vorlage.

Frau Stadtrat Maue (Komm.) behauptet, daß die Bestrebungen dahin gingen, die Verpflegung in der Anstalt zu verschlechtern. Oberbürgermeister Dr. Kuger unterbricht die Rednerin mit dem Bemerkten, daß Ausführungen über den Betrieb der Anstalt nicht zu dem behandelten Gegenstand gehörten. Er bitte diese Beschwerden bei der Budgetberatung vorzutragen.

Frau Stadtr. Maue wünscht daraufhin einen besonderen Trockenraum für die Anstalt.

Frau Stadtr. Häuser weist unter Bezugnahme auf die Beschwerden der Vorrednerin darauf hin, daß Stadtrat Böggie für Wünsche und Beschwerden immer ein geneigtes Ohr habe.

In der darauffolgenden Abstimmung wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Geländeverkauf in Waldhof.

Die Firma Cappallo (Inhaberin Frau Star) besitzt am Spedweg in Waldhof ein Anwesen im Gesamtmaße von 2537 qm, auf dem sich eine Gießerei und ein Wohngebäude befinden. Zum Zwecke der Vergrößerung der Gießerei wünscht die Inhaberin der Firma die käufliche Ueberlassung einer an das Gesamtanwesen anschließenden Teilfläche eines städtischen Grundstücks von etwa 320 qm Flächeninhalt. Da es sich um eine verhältnismäßig geringe, überdies abseits der Straße gelegene Fläche und lediglich um die Erweiterung eines bestehenden Eigentums handelt, soll für die Veräußerung nicht das Erbrecht, sondern der reine Kauf angewendet werden. Die Erwerbsfrist hat sich mit dem Schätzungspreis von 4 M pro Quadratmeter einverstanden erklärt.

Nach einigen empfehlenden Worten des Stv. B. Jhrig wird die Vorlage ohne Debatte einstimmig angenommen.

Erweiterung der Ammoniakgewinnungsanlage des Gaswerks Luzenberg.

Der Stadtrat hat beschlossen, den am 28. November 1919 vom Bürgerausschuß bewilligten Betrag von 200.000 M für die Erweiterung der Ammoniakgewinnungsanlage des Gaswerks Luzenberg zur Deckung der Nachforderung der mit der Erweiterung beauftragten Firma um 138.000 M zu erhöhen. Die Summe ist gleich dem ursprünglichen Betrag darlehensweise bei der Kasse der Erneuerungsfonds aufzunehmen, mit 4 1/2 v. H. zu verzinsen und zusätzlich der ersparten Zinsen mit jährlich 3 v. H. zu tilgen.

Nach einigen empfehlenden Worten des Stv. B. Seizinger einstimmig angenommen.

Elektrifizierung des Betriebs im Wasserwerk Feudenheim.

Stadtratsbeschuß: Anstelle des bisherigen Dampftriebs im Wasserwerk Feudenheim ist elektrischer Antrieb einzurichten. Die Kosten mit 300.000 Mark sind zunächst aus dem Verkauf einer frei werdenden Dampflokmasse zu bestreiten, der Rest ist darlehensweise bei der Kasse der Erneuerungsfonds aufzunehmen, mit 4 1/2 v. H. zu verzinsen und innerhalb 5 Jahren, erstmals 1922/23 aus der Wirtschaft rückzuführen.

Stv. B. Seizinger begründete kurz die Vorlage.

Es äußerten sich dazu die Stv. Schröder (Soz.), Böggie (Dem.) und Bürgermeister Ritter.

Direktor Böhler stellt fest, daß etwaige Nachforderungen nicht entstehen werden, weil eine Entleerungsvorlage infolge der guten Beschaffenheit des Wassers nicht erforderlich ist.

In der darauffolgenden Abstimmung wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Neubau eines Verwaltungsgebäudes für die Milchzentrale.

Stadtratsbeschuß: Nach den Plänen und Kostenanschlägen des Hochbauamts und Maschinenamts ist für die Milchzentrale ein Verwaltungsgebäude zu errichten. Die Baukosten mit 1.287.000 M sind, abgesehen der aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu erwartenden Zuschüsse, aus Anlehensmitteln mit einer Verwendungsfrist von 10 Jahren zu decken. Das Gebäude ist an die Milchzentrale zu den vom Stadtrat auf der Grundlage des mit der Milchzentrale bezüglich des Betriebsgebäudes abgeschlossenen Mietvertrags festzusetzenden Bedingungen zu vermieten.

Stv. B. Jhrig begründet die Vorlage namens des Stv. B. und empfiehlt die Genehmigung.

Stv. B. Kaiser (Str.) regt an, in den Resträumen eine Kaserne einzurichten und wünscht, daß der Mannheimer Bevölkerung, der die Milch nur aus der Gasse heraus bekannt sei, auch einmal wieder einen Tropfen Milch bekommen möge.

Bürgermeister Dr. Kuger weist darauf hin, daß dem Wünsche des Vorredners nach Einrichtung einer Kaserne bereits entsprochen sei.

In der darauffolgenden Abstimmung wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Bau von Wohnhäusern durch die Stadtgenossenschaft im Stadtteil Waldhof.

Stadtratsbeschuß: Auf dem Gelände zwischen den Schießständen und der Preuß. Hef. Bahn ist eine größere Wohn-

hausbebauung geplant. Von dieser soll zunächst der vordere Teil, 4 Baublöcke umfassend, mit 336 Wohnungen zu 2, 3 und 4 Zimmern mit Küche mit einem Aufwand von 27.841.000 M. ausgeführt werden. Zur Befreiung dieses Aufwandes werden Anlehensmittel vom Staat erst dann zur Verfügung gestellt, wenn die durch die zu erwartenden Mieten nicht gedeckten Baukosten oder die Verzinsung und Tilgung dieser Baukosten sicher gestellt sind und soweit sich nicht andere Unternehmer finden, die bereit sind, gegen Bewilligung von Zuschüssen die Bauten auf eigene Rechnung auszuführen.

Oberbürgermeister Dr. Kuger weist in seinen Ausführungen auf das vom Reichstag angenommene Notgesetz hin, macht die wichtigsten in Frage kommenden Bestimmungen bekannt und schlägt in Anbetracht der besonderen Bedeutung der Bestimmungen eine etwas mildere Abfassung des vorliegenden, von uns bereits veröffentlichten deutschnationalen Antrags vor.

Stv. B. Jhrig (Dem.) wünscht ebenfalls nicht, daß sich der Bürgerausschuß in dem deutschnationalen Sinne festlegt, daß ohne Rücksicht auf die zu erwartenden Reichszuwendungen sofort mit dem Bau begonnen wird. Zu den Anträgen habe der Stadtratsvorstand noch nicht Stellung nehmen können. Die Annahme der Vorlage werde empfohlen.

Stv. Berres (Deutschnall.) begründet, weswegen der Antrag gestellt wurde und meint, bis von den Segnungen des Reichsnotgesetzes in Mannheim etwas zu verspüren sei, sei es wohl schon zu spät der Sommer, die Hauptbauphase, vorüber. Er hält im weiteren den Antrag seiner Fraktion aufrecht, um sofort mit dem Bau beginnen zu können. Wenn in diesem Jahr noch die Wohnungen zu haben sein wollen, so müsse nächste Woche mit den Erdarbeiten begonnen werden, um die Wohnungsbauten mit größter Beschleunigung fertigzustellen. Er könne sich nicht mit dem Vorschlag des Oberbürgermeisters einverstanden erklären und bittet um Annahme des Antrags seiner Fraktion.

Oberbürgermeister Dr. Kuger stellt fest, daß die Gefahr vorhanden ist, daß ein großer Mißbrauch um die ausgeworfenen Reichsmittel entstehen wird und daß Mannheim schließlich gar nichts bekomme, wenn man sofort ohne Rücksicht auf den zu erwartenden Staatsbeitrag zu bauen beginne. Es könne schon in 8 bis 14 Tagen die Gemüßheit bestehen, daß der Bau in Angriff genommen werden könne.

Stv. B. Seizinger (L. S. P.) stimmt dem Antrage der Deutschnationalen zu, ist aber mit der von dieser Fraktion vorgeschlagenen Bedingung nicht einverstanden. Der Redner beklagt die Sozialisierung der Wohnungsnot in Mannheim und fordert die Sozialisierung der Baustoffindustrie. In der Reichsratsdebatte hätten sich eine ganze Reihe Mängel herausgestellt. Diese Mängel müßten bei der beantragten Anlage vermieden werden.

Stv. Horst (L. S. P.) geht auf den Antrag seiner Fraktion ein und betont, daß die Bauqualität beachtet werden müsse, um die Wohnungsnot zu beseitigen.

Der Antrag lautet: „Der Bürgerausschuß wolle der Vorlage auch dann seine Zustimmung geben, wenn der Bau der Wohnungen im Hinblick auf die große Wohnungsnot sofort in Angriff genommen wird, ohne Rücksicht auf die geplante Reichsmietensteuer oder die Bereitwilligkeit von privaten Bauunternehmern zum Bauen.“

Stv. Dr. Roedel (Str.) erklärt namens seiner Fraktion, daß man der Vorlage in dieser Form nicht zustimmen könne. In der beantragten Anlage werde nur eine ganz bestimmte Schicht der Bevölkerung wohnen. In der Stadt sei genug Gelände mit kanalisiertem Straßen vorhanden. Die Mannheimer Privatarchitekten werden gern die erforderlichen Pläne einreichen, die sich erheblich billiger stellen würden, als das Notgesetz Projekt, dessen Ausführung weder städtisch noch sozial und wirtschaftlich zu empfehlen sei. Er beantragt getrennte Abstimmung.

Stv. Krug (Soz.) stimmt im Namen seiner Fraktion dem stadt-rätlichen Antrag zu. Daß man sich über die Ausführung der Kosten noch nicht klar sei, möge daran nicht hindern, denn in den Vorarbeiten trete doch immer das große Werk, das einen Schritt zur Beseitigung der Wohnungsnot bilde. Er begründet, warum man sofort bauen müsse.

Stv. Stephan (Soz.) wendet sich gegen die Ausführungen des Kommunisten Horst und wünscht, daß man Wohnungen erstelle, die auch Anspruch auf Wohnlichkeit machen könnten.

Stv. Böggie (Dem.) stimmt namens seiner Fraktion der Vorlage zu, trotz der ungenauen Kosten, die der Stadt wieder zugemutet werden. Man hätte ebenfalls gern gesehen, wenn näher an der Stadt gebaut worden wäre. Die Schulkosten würden sehr zu denken geben, abgesehen von den anderen Belastungen. Mit der Erstellung der Anlage werde die Wohnungsnot nicht behoben. Die private Bau-tätigkeit werde auch auf dem Plan erscheinen. Es sei nicht richtig, daß in den bürgerlichen Kreisen keine Opferwilligkeit herrsche. Er verweise auf das weit vorgeschrittene industrielle Projekt. Redner lehnt die von den Deutschnationalen vorgeschlagene Bedingung durch Erhöhung von Abgaben als wenig glücklich ab.

Stv. Wendling (Mietpartei) wundert sich über die Ausführungen des Stv. Dr. Roedel. Das Bauen in der Innenstadt würde viel zu teuer kommen. Bei den letzten Stellungen sei eine durchaus glückliche Mischung der Bevölkerung entstanden. Der Behauptung, daß die private Bautätigkeit billiger und besser wäre, stehe er mißtrauisch gegenüber. Er halte es für einen großen Fortschritt, daß die Stadt bauen wolle. Die private Bautätigkeit solle dabei nicht völlig ausgeschlossen werden. Redner nimmt das Mietlingsamt gegen die von der Linken erhobenen Vorwürfe in Schutz.

Stv. Rilm (M.P.D.) beurteilt die Bauart, wie sie im Projekt vorgegeben sei und bezeichnet die geplanten Anlagen als Festungsbauten, die eine Brutstätte für Bazillen aller Krankheiten bilden würden. Redner weist auf das Beispiel bei den Siedlungen am Reiherrplatz hin. Sodann wünscht er, daß man dort den Mietern die Kasse in den Taschen lassen möge.

Oberbürgermeister Dr. Kuger fragt, ob die Ausführungen des Vorredners eine Warnung gegen die gemeindliche Bautätigkeit sein sollen.

Stv. Seibold hat ausgerechnet, daß zur Deckung der Verzinsung der angeforderten Summe die Mißbrauchgebühr um 2 1/2 Proz. erhöht werden müsse, wenn der Deutschnationalen Antrag durchgehe. Redner gibt die Versicherung, daß mit der größten Beschleunigung gebaut werden solle. Die berechtigten Wünsche der Bewohner der Reiherrplatzsiedlung seien bereits erfüllt. Die Mieter hätten die Pflicht, die Wohnungen in einem wohligen Zustand zu erhalten. Ein Mieter habe bereits am zweiten Tag einen Laubenschlag in einem Zimmer einbauen wollen. Die nächste Bürgerausschußsitzung werde ebenfalls bereits ein zweites großes Projekt, der Ausbau der Reiherrplatzstraße mit einem Aufwand von 17 Millionen Mark, beschließen. Redner bittet, dem Projekt des Stadtrats unbedingt zuzustimmen, weil es zur Beseitigung der Wohnungsnot beitrage.

Stv. Mundhau (Str.) stimmt den Ausführungen des Stadtrates Seibold zu, doch glaubt er, man könne Geld ersparen, wenn man weiter im Stadtzentrum bauen würde. Sodann begründet er, ob nicht das private Unternehmertum die Wohnungen billiger erstellte hätte. Der Plan gleiche einer Mietkaserne. Redner wünscht, daß man zuerst ein solches Projekt im Bürgerausschuß besprechen möge, um unnötige Kosten zu ersparen. Die Siedlungen in den Vororten seien bei den Inhabern nicht so sehr beliebt. Man soll die Wohnungen in der Stadt bereitstellen. Zum Schluß wünscht er, daß man, da das Projekt nicht sehr zusehentlich sei, es zurückstellen möge.

Stv. Lehmann (Soz.) tritt für die stadt-rätliche Vorlage ein. Bei der Reiherrplatzsiedlung bemängelt der Redner die zu schmalen Toreingänge.

Stv. Dr. Roedel (Zentr.) bleibt darauf bestehen, daß eine Zurückstellung der Vorlage das Beste wäre.

Bauinspektor Hölcher wendet sich dagegen, daß man Kasernen bauen wolle. Die Beschwerden wegen der Mängel in der Reiherrplatzsiedlung seien zum Teil übertrieben.

Oberbürgermeister Dr. Kuger stellt fest, daß es nicht sehr lange dauern wird, bis die Stadt etwas von den vom Reich ausgeworfenen 1 1/2 Milliarden bekomme. Die Neubearbeitung des Projekts durch Privatarchitekten würde sich zu lange hinziehen. Diese Kreise kämen auch noch an die Reihe. Die Stadt baue entschieden billiger. Von Mietkasernen und Festungsbauten könne man bei dem vorliegenden Projekt unter keinen Umständen sprechen. Der vorbildliche Flachbau habe aus Sparmaßregeln nicht gewöhnt werden können.

Stv. Berres (Deutschnall.) weist nochmals darauf hin, daß man doch bald handeln möge und betont, daß seine Fraktion sich nicht auf ihre Vorschläge, wie die Baumittel zu beschaffen seien, verstehe. Man sei einverstanden mit dem vorgeschlagenen Modus, wenn Garantie dafür gegeben würde, daß die Mittel herinkämen.

Oberbürgermeister Dr. Kuger stellt fest, daß er nichts zugeföhrt habe. Er habe lediglich vorgeschlagen, den deutschnationalen Antrag dahin zu ändern, daß die Tilgung der angeforderten Mittel durch die Stadt keine unerträgliche werde.

Stv. Urnegger (Soz.) meint, die Bewohner des Waldhofs würden die Bewirtlichung des vorliegenden Projekts mit Freuden begrüßen.

Stv. Spelbei (Dem.) stellt sich auf den Standpunkt, daß man weiter gekommen wäre, wenn man dem Bürgerausschuß rechtzeitig Situationspläne vorgelegt hätte. In Redarau sei die Wohnungsnot ebenso groß wie auf dem Waldhof.

Stv. Mundhau (Str.) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses, worauf Oberbürgermeister Dr. Kuger feststellt, daß die Beschlußfähigkeit unumwandelbar feststeht.

Der modifizierte Stadtratsantrag wird mit 49 gegen 29 Stimmen angenommen. Dagegen stimmen die Deutschnationalen, die Kommunisten, ein Teil des Zentrums, die L. S. P. und die Sozialisten. Damit ist der deutschnationale und der kommunistische Antrag abgelehnt.

Nachtrag über die Errichtung neuer Gemeinbedienststellen sowie die Umwandlung außerplanmäßiger in planmäßige Lehrstellen.

Stadtratsbeschuß: 1. Der Aufsicht der Oberbehörden, an der höchsten Oberbehörde durch Stellenumwandlung eine planmäßige Lehrerstelle zu errichten und diese im 1. Kadettraj zum Staatsvoranschlag für 1920 vorzulegen, wird zugestimmt. 2. An der hiesigen Handelsschule werden zwei außerplanmäßige in planmäßige Lehrstellen umgewandelt. 3. Bei der Schulärztstelle werden auf Anregung der Schulkommission zwei ständige Gemeinbedienststellen für Schulärzte (Gruppe 10 der Besoldungsordnung) und zwei ständige Gemeinbedienststellen für Schulfachlehrer (Gruppe 6 der Besoldungsordnung) errichtet und damit die Zahl der Gemeinbedienststellen von 2491 auf 2495 erhöht. 4. Die erforderlichen Mittel sind in den Voranschlag aufzunehmen.

Nach kurzer Debatte einstimmig angenommen.

Schluß der Sitzung 7 1/4 Uhr

Betrachtungen über die gestrige Bürgerausschußsitzung.

Die gestrige Bürgerausschußsitzung, für welche eine verhältnismäßig knappe Tagesordnung aufgestellt war, dauerte genau drei Stunden. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Millionenforderung von 22.455.390 Mark für die Schaffung der Wohnhausbebauung im Stadtteil Waldhof. Auf dem Gelände zwischen den Schießständen und der Preußisch-hessischen Bahn soll zunächst der vordere Teil, vier Baublöcke umfassend, mit 336 Wohnungen zu 2, 3 und 4 Zimmern mit Küche mit einem Aufwand von 27.841.000 Mark ausgeführt werden. Bei Annahme eines Mietvertrags von 13,20 M. jährlich für den qm. errechnet sich bei der vorhandenen Wohnfläche von 23.300 qm. und einer kapitalisierten Rente von 8 Proz. aus den Herstellungskosten (Bauplatz, Baukosten und Anliegerbeiträge) mit 26.882.500 Mark ein rentierlicher Aufwand von 3.927.000 Mark. Der aus Anlehensmitteln zu bestreitende ungedeckte Aufwand beläuft sich demnach auf 22.455.390 Mark. Nach dem stadt-rätlichen Antrage sollte die Siedlung erst dann zur Ausführung kommen, wenn die durch die zu erwartenden Mieten nicht gedeckten Baukosten oder die Verzinsung und Tilgung dieser Baukosten sichergestellt sind und soweit sich nicht andere Unternehmer finden, die bereit sind, gegen Bewilligung von Zuschüssen die Bauten auf eigene Rechnung auszuführen.

Die Besprechung der Vorlage zog sich begrifflicherweise sehr in die Länge. Die Meinungen waren sehr geteilt. Während die Mehrheitssozialdemokraten und die Demokraten rückhaltlos der Vorlage zustimmten, vertrat die Sprecher des Zentrums den Standpunkt, daß der Gegenstand unter allen Umständen zurückgestellt werden sollte. Von der äußersten Rechten und der äußersten Linken waren Anträge eingereicht, die übereinstimmend die sofortige Anagnahme der Bauten bezweckten. Der deutschnationale Antrag forderte den Bürgerausschuß auf, der Vorlage nur unter der Bedingung zuzustimmen, daß mit dem Bau der Siedlung ohne Rücksicht auf das Reichsmietensteuergesetz sofort begonnen wird, sobald mit der Fertigstellung der Wohnungen bis Ende des Jahres bestimmt zu rechnen ist. Falls das Mietensteuergesetz nicht oder verspätet zustande kommen sollte, so habe die Verzinsung und Amortisation des verlorenen Bauaufwandes aus Wirtschaftsmitteln zu erfolgen und zwar entweder durch noch zu beschaffende Ersparnisse am Voranschlag oder, soweit dies nicht möglich ist, aus den Einkünften für Kanalreinigung und Müllabfuhr, die entsprechend prozentual zu erhöhen wären. Der kommunistische Antrag wollte den Bau der Siedlung im Hinblick auf die große Wohnungsnot sofort in Angriff genommen wissen ohne Rücksicht auf die geplante Reichsmietensteuer oder die Bereitwilligkeit von privaten Bauunternehmern zum Bauen. Stadtr. Berres begründete den deutschnationalen Antrag. Die Ausführungen des ehemaligen Leiters des Hochbauamts fielen sehr ins Gewicht. Nach den Darlegungen dieses Sachverständigen können die ersten Häuser der Siedlung frühestens am 1. Januar 1922 bezogen werden, wenn schon in den nächsten Tagen mit den Erdarbeiten begonnen wird. Durch den Vorbehalt, daß mit den Bauarbeiten erst begonnen werden könne, wenn die Baukosten mit Verzinsung und Amortisation sichergestellt seien, würde die Fertigstellung der Siedlung auf das empfindlichste verzögert. Nur Taten, recht schnelle Taten könnten zur Beseitigung der Mannheimer Wohnungsnot beitragen. In Wort und Schrift sei genug gesagt. Auf die Reichszuwendungen könne man nicht warten. Man habe zwar in den letzten Tagen gesehen, daß 1 1/2 Milliarden für den Wohnungsbau aufgemeldet werden sollten, weil die Schaffung eines Mietensteuergesetzes zurückgestellt werden mußte, aber bis der auf Mannheim entfallende Betrag zugesichert sei, dürfe nicht zugewartet werden, ganz abgesehen davon, daß man garnicht wisse, ob er überhaupt für das Bauvorhaben genüge. Reich, Staat und Gemeinden seien ernst genommen. Und so bleibe wohl nichts anderes übrig, als wieder dem Bürger zur Tragung der Kosten heranzuziehen.

Oberbürgermeister Dr. Kuger setzte zum Gegenstoß gegen diese durchaus einleuchtenden Ausführungen mit einer Modifikation des stadt-rätlichen Antrages in der Drucksache ein. Er ist der festen Ueberzeugung, daß die Stadtverwaltung schon in den nächsten 14 Tagen wissen wird, wieviel Mannheim von den vom Reich ausgeworfenen 1 1/2 Milliarden bekommen wird. Bis dahin aber müsse unter allen Umständen zugewartet werden, da die Stadtverwaltung nicht in der Lage sei, ohne Deckung ein derartiges Millionenprojekt in Angriff zu nehmen. In diesem Zusammenhang sei gleich erwähnt, daß der Herr Oberbürgermeister im weiteren Verlauf der Aussprache Veranlassung nahm, die technische Ausführung der Siedlung zu verteidigen. Es könne keine Rede davon sein, daß die gestri-

National-Theater Mannheim.
Donnerstag, den 17. Februar 1921.
22. Vorstellung in Serie, Abteilung B (mit B. Parken B 28)

Jugendfreunde
Lustspiel in vier Aufzügen von Ludwig Fulda.
In Szene gesetzt von Heinz W. Voigt.

Personen:
Dr. Braun Martin, Walter Tantz
Philippe Wagner, Musikschaffner, Paul Rees
Herrn Hagedorn, Meyer, Georg Köhler
Waldemar Sokole, Teufel, Ernst Siedel, G.
Lena Lutz, Lise Dreyer
Annie Meier, Annette Wissler
Tom Lonsdale, Ordo Berger
Friedrich Gerd, Ordo Meier
Simeon, Dreyer, Josef Reinert
Anfang 7 Uhr. Kleine Preise. Ende 9 1/2 Uhr.

Im Hildburgensaal
Josel und seine Brüder
Oper nach dem Französischen des A. Duval.
Musik von Kéhel. In Szene gesetzt von Eugen Dubinsk. Musikalische Leitung: Felix Lederer.

In den Hauptrollen:
Josef, Statthalter in Aegypten, Alfred Fährsch
Ulrich, Josel's Vater, Karl Marx
Johann, Hirt aus dem Lande Hebron, Mathieu Frank
Benjamin, Elie Tuschkin
Simeon, Friedl Berthel
Schabbai, Paul Kuhn
Dan, Alfred Landgraf
Mädchen aus Memphis, Bertha Meikin
Anfang 7 Uhr. Ende gegen 9 1/2 Uhr.

Kampfbühne „Apollo“
Heute Donnerstag alter Tag, 7 1/2 Uhr:

Intern. Ringkampf-Konkurrenz
Kochansky, Polen — Keener, Ludwigshafen
Küpper, Rheinland — Kellor, Berlin
Grunowald, Westfalen — Billing, Ostprenten
Vorher ein große Varieté-Programm.
Verkauf 10-1 und 3-6 Uhr. 5279

Kabarett Rumpelmayer O 7, 8
Das heitere Programm
mit Tanzgelegenheit — Leitung: W. Schön.
Anfang 8 Uhr. Tischbestellung Teleph. 7867

Warencorrespondenz ab 6 Uhr: Werrastraße.

Das Detektiv-Duell
Harry Hill gegen Sherlock Holmes
in 5 großen Akten. 5202

Palast-Theater.

Circus Hagenbeck
Ab Samstag, 19. Februar täglich 7 1/2 Uhr
ein exquisites Circusprogramm und

Großes internationales Meisterringert-Wettstreit
mit dem großen Preis von Hamburg
15 000 Mk. in bar

Folgende internationale Ringkämpfer haben ihre Teilnahme zugesichert:
Kleinobert, Meisterringert v. Oberschlesien
Blauer Bettelgott, Champion von Italien
Richter, Meisterringert von Bayern
Byzlo, der türkische Herrkämpfer
Stegemann, Leichtgewichtmeister Hamburg
Oskar Schwedler, Weltmeister (Magdeburg)
Birkman, Meisterringert, Dänemark
Karl Weber, Meisterringert vom Rheinland und Westfalen
Cherwin, Meisterringertchampion Polens
Albin Katschka, gen. der deutsche Roland (Europameister)
Oswald Buschheim (Sachsen)
Weltmeister im Mittelgewicht
Jak Wido (Sibirien)
Mosekko, Meisterringert von Westpreußen
Paradiseff, Weltmeister (Rußland)

Die Konkurrenz steht unter Kontrolle des internationalen Ringverbandes (Berlin). Die technische Leitung hat der bekannte Sportmann Fritz Karion-Kundrath (Berlin) übernommen.

Anfang der Ringkämpfe 8 1/2 Uhr.

Restaurations „Gesellschaftshaus“
Ludwigshafen, Bismarckstr.

Heute Donnerstag spielt
Herr Ludwig Garnie
im Künstlerquartett 2480

Zum Besten der Mannheimer Kinderhilfe
Am 10. März 1921
abends 7 1/2 Uhr

Konzert im Musensaal
veranstaltet vom
Mannheimer General-Anzeiger

Mitwirkende:
Dirigent: Kapellmeister von Hoesalta — Gesang: G. Georod.
Orgel: Arno Landmann — Violine: Lene Hesse
Orchester des Nationaltheater.

Einschließen über Verkaufserlöse und Kartenverkauf werden nach bekannt gegeben. 5395

Lindenhof-Lichtspiele
Lindenhofstr. 42 :-: Lindenhofstr. 42

Auf vielseitigen Wunsch
Der tanzende Tor
der schönste Film mit
Waldemar Psilander
Tragödie eines Pierrots in 4 Akten
Gesangbegleitung Fritz Müller (Tenor) 5320

Ausserdem herrliches Beiprogramm.

„Ludwigshof“
Heute Rheinkaiser-Kopplertstraße.
Neue 9900

Großes Schlachtfest.
Billige Lebensmittel!

Prime reines gewascht. Schweineschmalz 1 Pfd. 12.50
3/4ts-Brot-Margarine als Brotaufstrich . . . 10.00
1/2 Liter Liter 21.00
Essenzartige Vollmilch Dose 10.00
Ungezuckerte Vollmilch Dose 8.50
Prime gahr. Kaffee (Marke Swede) 1 Pfund 23.00
Prime gahr. Kaffee 1 Pfund 20.00
Billige Obst- u. Gemüse-Konserven
Prime Fleisch- und Wurstwaren.
Ludwig Hahn, Lebensmittelhaus
Q 1, 9 Mannheim Tel. 5199.

Holz-Versteigerung.
Am Freitag, den 18. Februar 1921, vormittags 10 Uhr, wird im Hauptbahnhof Mannheim oberer Saal — in der Nähe des Wageneisenbahnhofs
ein Wagen Brennholz
weilbleibend gegen sofortige Bezahlung versteigert.
Offenbare-Offiziant.

Freiwillige Versteigerung!
Der Unterzeichnete verleiht in Mannheim-Neckerns, Friedhofstr. 24 bei Frau Hornig am Samstag, den 19. Februar 1921, nachmittags 3 Uhr öffentlich gegen bar an den Meistbietenden
1 Rassepferd (Fuchswitz)
etwa 11 Jahre alt und eine Fahrrelle für ein- und zweifelhändig zu fahren.
Math. Marsenell, Ortstarier.

Aufträge Verpfändungen der Stadtgemeinde.
Für die Verkaufserlöse:
Unter: in Mann zu Nr. 236 für die Verkaufserlöse 164—315 am Freitag, den 18. ds., von 9—11 Uhr.
58

Versteigerung für Rußl.
Das Spielzimmer der Hofbibliothek für Rußl. in L. S. O. Strg. Weilt mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres geschlossen. Die Schlüsselkarten und Schlüsselgehänge können im Logenraum eingesehen werden, dessen Öffnungszeiten (Dienstag und Freitag 11—1 und 4—7 Uhr) unberührt bleiben. 106

Mannheim, den 15. Februar 1921.
Der Vorstand der Hofbibliothek für Rußl.
Bertz.

Morgen 10 1/2 auf der Freiburg Ruhlfeldstr. Katalognummer 1129 Die Verwaltung 87

Engl. u. Französ.
Anfänger-Kursus 517
beginnen heute Donnerstag ab 7 Uhr für Engl.; morgen Freitag 8 Uhr für Französisch in der D. K. F. Sprachschule O. G. S.

An die Arbeitgeber des Einzelhandels in Mannheim.

Der Tarifvertrag zur Regelung der Gehalts- und Angelegenheitenverhältnisse der kaufmännischen Angestellten im Einzelhandel vom 9. September 1920 und das Zusatzabkommen vom 16. November 1920 sind durch Erlass des Reichsarbeitsministers mit Wirkung vom 1. Juli bzw. 1. Oktober 1920 für allgemein verbindlich erklärt worden, ebenso der Tarifvertrag vom 2. Oktober 1920 mit dem Deutschen Transportarbeiterverband betreffend Arbeitsverhältnis der Hausdiener, Handwerker und Putzfrauen, mit Wirkung vom 15. Dezember 1920.

Alle Arbeitgeber des Einzelhandels müssen also ihrem Personal die in diesen Tarifeinbarungen festgesetzten Gehälter, Löhne und Zulagen bezahlen.

Alle dem Arbeitgeber-Verband des Einzelhandels nicht angeschlossenen Firmeninhaber erhalten bei dem unterzeichneten Verband bereitwilligst Auskunft. 2444

Arbeitgeber-Verband des Einzelhandels E. V.
Geschäftsstelle Börse, E 4, 12/16, 3. Stock.

Heute letzter Tag!
Nirwana 6. Teil
Die Sühne Drama in 4 Akten
Der Sünde Sold Drama in 3 Akten mit 520
Esther Caron

Drucksachen liefert schnell
Druckerei Dr. Hans, E 6, 2.

Ein Schmuck für die Küche
4 Aluminium fleischschöpfe mit Deckel

Einzel:
M. 17.—
22.—
28.—
38.—

100 MARK

Tel.-Bestellungen werden prompt erledigt. Nach auswärts an unbekannte Besteller per Nachnahme

Wilhelm Klussmann
Mannheim, Gontardplatz 1
Tel. 2060

la. nordamerik. gar. reines
Schweineschmalz Pfund 12.50
Cocostett offen, Pfd. 11.50
Margarine 1 Pfd.-Wärstel 10.80

Neu aufgenommen:
Frisch. Margarine in Qualitätsmarken
Solo, Virello, Palmora Pfund 13.50

la. helle amerikan. Makkaroni
Spaghetti Pfund 8.—
Gemüsenudeln Pfd. 6.— u. 9.50
Mischobst — Neue Pflaumen

Schlüterbrot in Papier
reine Kornbrot in Friedensqualität
3 Pfund-Lab 3.80

Zwieback Paket 1.80 und 2.65
Keks lose gewogen 1/4 Pfd. 4.—
frisch gebr. Kaffee Pfund 20.— u. 25.—
Tea — **Chocolade** — **Kakao**

Johann Schreiber.

Tausche
leichte Wohnung, 3 Zim., Küche u. Bad gegen eine Arbeiter-Wohnung, 3 Zim. Angebots mit W. J. 80 an die Geschäftsstelle h. Bl. erbeten. *9774

Statt Karten.
Hansi Wolff
Richard Goetter
Verlobte.
Mannheim, im Februar 1921
Gontardstraße 8 C 1, 6

Zu Hause: Sonntag, den 20. Februar 1921
Sonntag, den 27. Februar 1921
*9708

Die glückliche Geburt einer Tochter zeigen an *9799
Dr. J. Wiesner u. Frau Anne geb. Winter.
MANNHEIM, den 16. Februar 1921,
Loitzingstr. 8. z. Zt. Luisenheim.

Statt besonderer Anzeige.
Todes-Anzeige.
Tieferschüttert machen wir hierdurch die traurige Mitteilung, dass unsere liebe unvergessliche Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester und Tante
Frau Emma Eulner Wwe.
nach kurzem Krankenlager im Alter von 71 Jahren
19 Monaten heute nacht sanft entschlafen ist.
Mannheim, S 3, 3, den 16. Februar 1921.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:
Johannes Eulner
Frau Luise Scheikman geb. Eulner
Frau Anna Eulner geb. Loonhard
Johannes Scheikman.

Die Beerdigung findet Freitag, 18. Februar, mittags 1/2 2 Uhr von der Leichenhalle aus statt. *9818

Ab Freitag, 18. Februar: in beiden Theatern:
Kolosseum Das Mädchen aus der Ackerstraße **Walhalla**
Der bekannte Sitten-Roman im Film in 6 Akten. 5316

